

Ergebnisprotokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik vom 22.06.2021

1. RegioRadStuttgart Station Remseck-Hochberg

106/2021

Von Seiten der Freien Wähler Fraktion und der CDU Fraktion wird kritisiert, dass die Investitionskosten sowie die laufenden Kosten der RegioRadStuttgart Station zu hoch seien und das Geld stattdessen in Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Pedelecs investiert werden solle. Man rechne eher mit einer Freizeitnutzung der Station anstatt einer regelmäßigen Nutzung durch Berufspendler. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei nicht gegeben.

Von Seiten der Fraktionen der Grünen, der FDP und der SPD wird die Schaffung der RegioRadStuttgart Station begrüßt. Die Station ergänze den ÖPNV und dieser sei fast nie wirtschaftlich und läge im gesellschaftlichen Interesse. Der Standort sei zentral und aufgrund der Nähe zur Bushaltestelle sowie der dortigen Hangneigung gut geeignet. Da man keine Erfahrungen mit einer solchen Radstation ("One Way" Abstellmöglichkeit) habe, solle man diese Möglichkeit nutzen, um Erfahrungen zu sammeln. Die Erweiterung des Fahrradverleihs werde als Maßnahme im Mobilitätskonzept genannt.

Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Gemeinderat mit 7 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Einrichtung einer virtuellen Station im Stadtteil Hochberg wird nicht weiterverfolgt.

Der Realisierung einer festen RegioRadStuttgart Station in Remseck-Hochberg (Ortsmitte Alexandrinenplatz, Standort 1) mit 5 Pedelecs im Rahmen des Förderprogrammes des VRS "Zwei – für eine" (Fördersumme 25.000 €) wird zugestimmt.

Die überplanmäßigen Ausgaben, zur Herstellung der Fläche und des Stromanschlusses für die RegioRadStuttgart-Station am Standort 1 in Höhe von 15.000 € werden genehmigt.

Die Verwaltung wird beauftragt mit der DB Connect GmbH einen Vertrag für die Umsetzung abzuschließen.

2. Klimaschutzteilkonzept Mobilität für die Stadt Remseck am Neckar

- Aktueller Sachstandsbericht

Herr Dolezel berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität für die Stadt Remseck am Neckar.

101/2021

3. Wohnraum schaffen in Bestandsbauten - Antrag der FDP Fraktion

Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Von der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion wird Kenntnis genommen.
- 2. Der in der Sachdarstellung erläuterten Empfehlung für das weitere Vorgehen der Verwaltung wird zugestimmt.

4. Verlängerung des Mietvertrages der Wohnanlage für Geflüchtete im Stadtteil Neckarrems

099/2021

Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Mietvertrag für die Wohnanlage für Geflüchtete im Stadtteil Neckarrems wird um zwei Jahre bis zum 31. März 2024 verlängert und die Mittel werden wie dargestellt in den Haushaltsjahren bereitgestellt.

5. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Baugesetzbuch zum Bebauungsplan "Wolfsbühl III" im Stadtteil Aldingen
- Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzungsvorlage an eine neue gesetzliche Regelung im Landeswohnraumförderungsgesetz angepasst werden müsse.

FBL Brenner führt aus, dass die Stadt Remseck am Neckar durch die neue Regelung nicht wie in der Sitzungsvorlage genannt das Belegungsrecht auf 24 Wohnungen habe, sondern auf 30 % der Wohnungen, was in diesem Fall 8 Wohnungen entspreche.

Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt Remseck am Neckar und der Projektbau Pfleiderer GmbH & Co. KG gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) zu.

6. Bebauungsplan "Haldenstraße / August-Lämmle-Straße - 1. 102/2021 Änderung" im Stadtteil Hochberg - Aufstellungsbeschluss

StRätin Voggesberger ist befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplans "Haldenstraße / August-Lämmle-Straße 1. Änderung" im Stadtteil Hochberg, sowie die Erstellung einer Satzung über die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 74 Abs. 1 der Landesbauordnung (LBO) gemäß dem beigefügten Lageplan zur Abgrenzung vom 29. Juni 2021.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitergehenden Planungsaufträge wie dargestellt durchzuführen

7. Bekanntgaben

Es wird nichts bekanntgegeben.

8. Verschiedenes

8.1. Geschwindigkeitsüberschreitungen auf der L1140, Neckargröningen

StRat Wachter beschreibt, dass es auf der Straße L1140, die an Neckargröningen vorbeiführt (Total Tankstelle), zwischen dem Kreuzungsbereich bei der U-Bahn-Station/Brücke und der Kreuzung Ludwigsburger Straße, häufig zu Geschwindigkeitsüberschreitungen und einer entsprechenden Lärmbelastung der Anwohner komme. Er fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, die zulässige Höchstgeschwindigkeit von derzeit 60 zu reduzieren, insb. da diese Strecke einen innerörtlichen Charakter habe. Darüber hinaus fragt er, ob der städtische Mitarbeiter, der dort Geschwindigkeitskontrollen durchführt, berichten könne, wie viele Geschwindigkeitsübertretungen es an dieser Stelle gebe, oder ob man hierzu eine Statistik o. ä. erstellen könne. Zudem möchte er wissen, ob auf der Straßenseite bergab Richtung Kreuzungsbereich bei der U-Bahn-Station/Brücke mobil oder mit einer stationären Anlage geblitzt werden könne.

Die Vorsitzende erläutert, dass im Rahmen des Lärmaktionsplans lediglich im oberen

Kreuzungsbereich bei den Aussiedlerhöfen Überschreitungen festgestellt wurden, weshalb dort Tempo 50 geprüft werde. Die zwei weiteren Fragen werde die Verwaltung zuständigkeitshalber an EBM Triller weitergeben.

8.2. Regenbogenfahne wegen EM-Spiel

StRat Sauerzapf beschreibt, dass aufgrund der aktuellen Gesetzgebung in Ungarn einige Städte in Deutschland am Tag des EM-Spiels gegen Ungarn Regenbogenfahnen als Zeichen der Toleranz und Vielfalt hissen würden und wirft die Frage auf, ob die Stadt Remseck am Neckar dies nicht auch tun könne.

Die Vorsitzende vermutet, dass die Stadt keine solche Flagge besitze und lässt die Frage an OB Schönberger weitergeben.

8.3. Zebrastreifen statt Querungshilfe, Hochdorfer Straße in Hochberg

StRätin Voggesberger führt aus, dass es in der Hochdorfer Straße in Hochberg in der Nähe der Bushaltestelle Rotweg für Schülerinnen und Schüler, insb. aus dem gegenüberliegenden Wohngebiet, schwierig sei, die Straße über die vorhandene Querungshilfe in Richtung Grundschule zu überqueren, da der Verkehr sehr schnell und rücksichtslos sei. Sie fragt, ob sich an dieser Stelle ein Zebrastreifen umsetzen oder die zulässige Geschwindigkeit reduzieren ließe.

Die Vorsitzende antwortet, dass die Stelle bereits bekannt und die Ordnungsverwaltung mit Herrn Dolezel bereits vor Ort gewesen sei. Da es sich um eine Kreisstraße handele, stehe man mit dem Landratsamt in Kontakt. Es sei fraglich, ob hier ein Zebrastreifen möglich sei, jedoch bestünden durch die Ausweisung als Schulweg Möglichkeiten hinsichtlich Beleuchtung und Beschilderung. FBL Brenner bringt den aktuellen Stand in Erfahrung.

8.4. Querungshilfe Ortseingang Hochberg

StRat Buschmann berichtet, dass er einige positive Rückmeldungen zur geplanten Querungshilfe am Ortseingang Hochberg (von Neckarrems kommend) erhalten habe und dass in diesem Zusammenhang vermehrt die Bitte an ihn herangetragen wurde, die Tempo 30 Zone auf die Neckarremser Straße innerorts auszuweiten.

Die Vorsitzende erwidert, dass die Anordnung einer Tempo 30 Zone einer rechtlichen Grundlage, z. B. zum Lärmschutz oder zur Luftreinhaltung bedürfe, was aktuell nicht gegeben sei.

StRat Buschmann weist darauf hin, dass sich dies durch steigende Verkehrszahlen mittelfristig ändern könne.

Remseck am Neckar, 29. Juni 2021 Für die Richtigkeit! Der Schriftführer